

Herrsching a. Ammersee

Lkr. Starnberg

Gemeinde

Nr. 33 B
für den Bereich zwischen Abert-, Andechs-,
Schönlichl- und Weinhartstraße

Planfertiger

Udo Vierck, Dipl.-Ing. Architekt
Büro für Architektur und Ortsplanung
Grasserstraße 8, 80339 München

Plandatum geändert

10.01.2000
07.06.2000
12.03.2004

die Gemeinde Herrsching a. Ammersee erläßt aufgrund §§ 1 bis 4 sowie 8 ff. Baugesetzbuch (BauGB), Art. 91 Bayerische Bauordnung (BayBO) und Art. 25 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) diesen Bebauungsplan als

Satzung

Verfahrensvermerke

- Der Beschluß zur Aufstellung des Bebauungsplans wurde vom Gemeinderat Herrsching a. Ammersee am **12.03.2004** gefaßt, und am **04.06.2000** rechtskräftig bekannt gemacht. (§ 2 Abs.1 BauGB)
Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplanwurf in der Fassung vom **07.06.2000** hat in der Zeit vom **11.06.2000** bis **17.06.2000** stattgefunden. (§ 4 Abs.1 BauGB)
Die öffentliche Auslegung des vom Gemeinderat Herrsching a. Ammersee am **04.06.2000** gefaßten Bebauungsplanwurfs in der Fassung vom **07.06.2000** hat in der Zeit vom **11.06.2000** bis **17.06.2000** stattgefunden. (§ 3 Abs.2 BauGB)

Der Satzungsbeschluß zum Bebauungsplan in der Fassung vom **12.03.2004** wurde vom Gemeinderat Herrsching a. Ammersee am **12.03.2004** gefaßt.



Herrsching a. Ammersee, den **20.03.2004**
(Erster Bürgermeister)

- Die ortsübliche Bekanntmachung des Bebauungsplanes erfolgte am **21.03.2004**. Dabei wurde auf die Rechtsfolgen der §§ 44 und 215 BauGB sowie auf die Einsehbarkeit des Bebauungsplans hingewiesen. Mit der Bekanntmachung trat der Bebauungsplan in der Fassung vom **12.03.2004** in Kraft. (§ 10 BauGB), Abs. 3



Herrsching a. Ammersee, den **21.03.2004**
(Erster Bürgermeister)



- Abgrenzungen
1.1. Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs
1.2. Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
2. Art der Nutzung
2.1. WB, WB-1
2.2. A
2.3. B
3. Maß der baulichen Nutzung
3.1. höchstzulässige Grundfläche (dazu zählen auch Erker, Balkone, Überdachungen etc.) z.B. 200 qm
3.2. höchstens zwei Vollgeschosse zulässig
Die Wandhöhe wird beschränkt auf 6,30 m.
3.3. höchstens ein Vollgeschöß zulässig
Die Wandhöhe wird beschränkt auf 3,60 m.
4. Baugrenzen, Bauweise
4.1. nur Einzelhäuser zulässig
4.2. nur Doppelhäuser zulässig
4.3. nur Hausgruppen zulässig
4.4. Baugrenze
4.5. Bereiche für die Errichtung von sonstigen Gebäudeteilen bis zu einer maximalen Tiefe von 200 m (hierzu zählen Erker, Balkone, Überdachungen etc.)
5. Bauliche Gestaltung
5.1. so
5.2. F
5.3. ←
5.4. Der Abstand der Nebengebäude und Gärten vom Ortsgang beträgt mindestens 1,50 m. Die Breite von Nebengebäuden ist beschränkt auf 3,0 m, die von Gärten auf 1,50 m. Liegende Dachflächenfenster sind in der Anzahl beschränkt auf zwei Stück je Dachseite und in der Breite auf 0,60 m. Dachanschlüsse sind unzulässig. Die Summe der Gärten- und Nebengebäudebräute ist auf 1/3 der Wandlänge je Dachseite beschränkt.
5.5. Für die Dachbedeckung sind nur Dachplatten in hellen Rottönen zu verwenden.
5.6. Die oberste Fensterrandhöhe des Gebäudes darf höchstens 0,30 m über natürlicher Geländeoberkante liegen.
5.7. Aufschüttungen und Abgrabungen sind nicht zugelassen.
6. Garagen und Pkw-Stellplätze
6.1. Umgrenzung von Flächen für Garagen, Tiefgaragen und Stellplätze
6.2. GTG
6.3. G
6.4. Senkrechtparkstände mit Angabe der Stellplatzanzahl z.B. 4 Stellplätze
6.5. Die Wände und Decken im überbauten Teil der Tiefgaragenrampen sind im Einheitsbereich auf eine Tiefe von 6,0 m so auszuführen, daß keine schallharten Oberflächen vorhanden sind.
6.6. Die Tiefgarage ist im Einheitsbereich mit einem lärmarmen Belag zu versehen.
6.7. Die Tiefgarage ist mit einem Tor zu versehen, das vom Auto aus zu bedienen ist.
6.8. überdachte Rampe
6.9. Die Erdberdeckung der Tiefgarage muß mindestens 0,80 m betragen.
6.10. Für die bauliche Gestaltung von Garagen gelten die für die Hauptgebäude erlassenen Gestaltungssetzungen sinngemäß. Dachausbildung und Dachneigung sind an die Hauptgebäude anzupassen.
7. Verkehr
7.1. Straßenbegrenzungslinie
7.2. Privatweg mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Anlieger
7.3. Privatweg mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Gemeinde Herrsching
7.4. öffentliche Straßenverkehrsfläche (Fuhrweg, Fußweg, Parkplatz)
7.5. öffentliche Straßenverkehrsfläche (Stabebegleitgrün)
7.6. Parkbuch mit Angabe der Anzahl der Parkplätze z.B. 2 Stück
8. Versorgungseinrichtungen
8.1. Trafostation
8.2. Die Errichtung von Kabelverleittürmen und Beleuchtungsmasten in der Zoonflucht (Unterbrechung der Einfriedung auf privatem Grund) ist erlaubt.

- zu erhaltende Einzelbäume
zu pflanzende Einzelbäume nach der Artenliste 1
Wuchsklasse I und II, 2 x v., o.B. 125-150
Robinie (robinia pseudacacia monophylla)
Stieleiche (quercus robur)
Eiche (fraxcus excelsior)
Bergahorn (acer pseudoplatanus)
Hainbuche (coprinus betulus)
Erle (alnus ulmaria)
Weide (salix spec.)
zu pflanzende Gehölze nach Artenliste 2
(freiwachsende, standortgerechte Feldgehölze)
Sträucher, 2 x v., o.B. 60-100
Wildrosen (rosa spec.)
walliger Schneeball (viburnum lantana)
gemeiner Schneeball (viburnum coulteri)
Kornelkirsche (cornus mas)
Roter Hornzeiger (cornus sanguinea)
Weißdorn (crataegus monogyna)
Feldahorn (acer campestre)
Feldahorn (acer campestre)
Hainbuche (coprinus betulus)
Kornelkirsche (cornus mas)
Liguster (ligustrum vulgare)
Buchsbaum (buxus sempervirens)
9.2. Alle befestigten Flächen auf privatem Grund sind mit wasserdurchlässigen Belägen auszuführen, die wassergebundene Decke oder Kiesfläche, Natur- oder Betonsteinpflaster mit Rosengüte in Sand- oder Splittbettung, Gefällebetonsteine, Betonverputzte und Rostgittersteine sind unzulässig.
9.3. Nadelgehölze sind nicht zugelassen.
9.4. Im Bereich WB-1 sind keine Einfriedungen zugelassen.
9.5. Entlang der östlichen Grundstücksgrenze der Fl.Nr. 161 (WB-1) ist eine Feuerwehrrampe freizuhalten und mit Rosengitter zu befestigen.
10. Vermessung
Längemaß in Metern, z.B. 16,0m
Hinweise
1. Bestehende Grundstücksgrenze
2. Aufzulebende Grundstücksgrenze
3. Vorgeschlagene Grundstücksgrenze
4. Bestehende Flurstücksnummer
5. Gebäudeschemen für geplante Gebäude
6. Im Vorort des Reihemittelhauses gegenüber der Tiefgaragenrampe wird zur Vermeidung von Blendungen durch ausfahrende Autos vom Träger der Baumaßnahme WB-1 kostenneutral eine geschlossene Holzwand mit vorgesezierter Hecke errichtet.
7. Immissionen
7.1. Zur Reinhaltung der Luft wird empfohlen, nach Möglichkeit Gas als Brennstoff zu verwenden. Die Errichtung von Solaranlagen und Energiedächern ist allgemein zulässig.
7.2. Die Trafostation ist einer Betrachtung nach der 26. BMSchV zu unterziehen. Das Ergebnis ist der Immissionsschutzbehörde des Landratsamtes Starnberg zuzuleiten.
Durch technische oder organisatorische Maßnahmen (z.B. Hirtewästel mit Kette oder Schranke) ist sicherzustellen, daß eine gewerbliche Nutzung der 15 Stellplätze im Nord-westlichen Bereich in der Nachtzeit von 22 Uhr bis 6 Uhr nicht stattfindet.
8. Wasserwirtschaftliche Belange
8.1. Die Gebäude sind vor Fertigstellung an die zentrale Abwasserbeseitigungsanlage und die zentrale Wasserversorgungsanlage anzuschließen. Zwischenlösungen werden nicht zugelassen. Das Schmutzwasser ist im Trennsystem über Anlägen abzuleiten, die der DN 1986 ff. entsprechen.
8.2. Unverschlussten Niederschlagswasser ist vorrangig über die belabete Bodenzone zu versickern. Bei mangelhafter Versickerungsfähigkeit des Bodens ist die Niederschlagswasserbeseitigung auf eine andere Weise (z.B. öffentlicher Regenwasserkanal) sicherzustellen.
8.3. Sickerschächte für das unverschlussten Niederschlagswasser sind nach dem Arbeitsblatt A 135 der abwassertechnischen Vereinigung zu errichten. Die Eindringtiefe soll 5,0 m nicht überschreiten. Wird Niederschlagswasser gesammelt in ein ober- oder unterirdisches Gewässer eingeleitet, so ist hierfür eine wasserrechtliche Erlaubnis beim Landratsamt einzuholen.
8.4. Bauvorhaben sind gegen Schicht- bzw. Grundwasser zu sichern. Tiefgaragen sind wasserdicht auszubilden. Für Bauwasserhaltungen und Bauwerke im Grundwasser ist beim Landratsamt eine wasserrechtliche Erlaubnis einzuholen.
8.5. Zur Auffüllung des Geländes darf nur nicht verunreinigter Bodenaushub ohne Humus verwendet werden. Werden bei Aushubarbeiten Verunreinigungen des Bodens festgestellt, so ist deren Ausmaß von einem einschlägigen Ingenieurbüro feststellen zu lassen und dem Landratsamt mitzuteilen.

8.6. Bodendenkmäler, die bei der Verwirklichung von Baumaßnahmen zutage kommen, unterliegen der Meldepflicht nach Art. 6 DSOchS.

C. Nachrichtliche Übernahme

1. **DB** Denkmalgeschütztes Gebäude

Kartengrundlage: Amtliche Katasterblätter M. 1:1000 SW 7-13.17, 7-13.18, 7-13.22, 7-13.23
durch den Planfertiger auf der Grundlage eines Vermessungsplanes des Ingenieurbüros Rolf Nützi vom 13.02.1996

Maßstabnahme: Planzeichnung zur Maßstabnahme nur bedingt geeignet; keine Gewähr für Maßstabfolge.

Planfertiger: München, den **19.03.2004**

Gemeinde: Herrsching a. Ammersee, den **20.03.2004**
Udo Vierck, Dipl.-Ing. Architekt
Erster Bürgermeister